

Die Pflicht zur Demokratie

Autor(en): **Bolz, Robert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **16 (1936-1937)**

Heft 4

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-332763>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Pflicht zur Demokratie

Von Robert Bolz.

Was der schweizerische Bundesrat am 3. November 1936 gegen die Kommunisten beschloß, hat mit Schutz der Demokratie nichts zu tun. Demokratie schützt sich wirksam dadurch, daß sie sich gegen die Verelendung des Volkes stemmt, daß sie die Volksrechte hochhält und sich gegen jene wendet, die im Mißbrauch der Volksrechte den Tod der Demokratie anstreben. Der Bundesrat gibt sich Polizeibefugnisse, welche die Rechte des Bürgers aufheben können und dadurch in Frage stellen. Er läßt die Feinde der Demokratie, die Frontisten, ungeschoren. Dadurch macht sich der Bundesrat der Verletzung der Demokratie schuldig und besorgt Reklame für jene Kommunisten, die er angeblich bändigen will.

Wir können uns vorstellen, ein Kronanwalt des Bundeshauses verwies lächelnd auf die Art, wie in Sowjetrußland Opposition »eingedämmt« werde. Man lasse sich solchen Anspielungen gegenüber so wenig von dem abbringen, was hier in Frage steht, so wenig man sich vom kommunistischen Schlagwort beirren lasse.

Die Kommunisten lieben es, sich mit der Sowjetunion zu identifizieren. Sie machen es sich einfach. Sie sagen: »Wer für die Sowjetunion ist, der muß für uns sein; wer gegen uns ist, der ist gegen die Sowjetunion.« Damit verwirren sie.

Was trennt uns auch heute von den Kommunisten, da wir die Volksrechte verteidigen, die der Bundesrat ihnen gegenüber verletzt?

Uns trennt nicht die Sowjetunion. Uns trennt nicht die Anstrengung Sowjetrußlands, durch Gemeinwirtschaft den Kapitalismus zu überwinden. Uns trennt die kommunistische Taktik. Und wenn wir nicht anerkennen wollen, daß der Staat Sowjetrußland in seinem Vorgehen gegen Oppositionelle dem schweizerischen Bundesrat Beispiel sein könne in der Nichtachtung demokratischer Rechte, so ist doch die Frage am Platz, wie weit Sowjetrußland selbst durch diese kommunistische Taktik benachteiligt und gezwungen wird, sich vorzusehen.

Die Kommunisten machen heute aller Welt Angebote auf Zusammengehen. Sie proklamieren gemeinsame Interessen. Dabei sind sie leider steckengeblieben im Geist jener 21 Bedingungen, welche 1921 die Spaltung der Arbeiterbewegung einleiteten. Sie haben noch nicht gelernt, im Zweck des Zusammengehens einzig die Wahrung erkannter höherer gemeinsamer Interessen zu erblicken. Sie sehen in jedem Zusammengehen bloß ein Mittel zu ihrem *besonderen Zweck*. Das ist wohl eine Erklärung für die Weitherzigkeit ihrer Angebote auf Weggemeinschaft. *Aber das bringt sie um die Bündnisfähigkeit*. Sie schaden dadurch nicht nur dem großen Freiheitskampf, nicht nur der internationalen Arbeiterbewegung — sie schaden auch der Sowjetunion. Es ist tief bedauerlich, das in einer Zeit sagen zu müssen, wo der Faschismus bestrebt ist, sich durch Kommunisten- und Bolschewisten-schreck vor seinem Zusammenbruch zu retten und in der Zerschlagung

der Widerstandskraft anderer Völker die Katastrophe seiner Mißwirtschaft umzuleiten in eine Unterwerfung dieser anderen Völker.

Die Verhaftungen in der Sowjetunion, der bedauerliche Prozeß mit dem ebenso bedauerlichen Ausgang haben verheerend gewirkt. Sie haben leider den Elan im Kampf gegen die scheußliche Willkür der Faschisten beeinträchtigt. Sie haben die sowjetfeindliche Stimmung in jedem Lande gefördert. Abgesehen von der Hinneigung des Russen zu Asien und zu asiatischer Methode der Selbsterhaltung, darf man sich fragen, ob das, was in Sowjetrußland vor sich ging und vor sich geht, mit dem Hinweis auf den Machtkampf neu sich bildender Gesellschaftsschichten richtig genug erfaßt wird. Ist der Gedanke so abwegig, daß in dem Land, aus dem die der Arbeiterbewegung so verhängnisvollen 21 Bedingungen kamen, die Furcht vor der Zersetzungstaktik besonders rege ist, die in Anwendung jener 21 Bedingungen die Kommunisten gelehrt wurde? Diese Ueberlegungen anstellen, heißt in keinem Augenblick auf die Pflicht der Kritik verzichten gegenüber allem, was darauf ausgeht, die Justiz der Sicherung des Rechts und der Freiheit zu entfremden, sie zu einem blinden Instrument der Machtbehauptung und Rache zu erniedrigen. Tatsache ist: Die Sowjetunion sieht sich in dem Maße ernster bedroht, in dem es jenem heute noch herrschenden Zersetzungsgeist der 21 Bedingungen gelingt, die Arbeiterbewegung noch mehr zu schwächen.

Wir betonen und bedauern die Gebundenheit der Kommunisten an ihre einst angelernt bekommene Zersetzungstaktik. Wir bedauern, daß diese Gebundenheit die Kommunisten ungeeignet macht zu Weggefährten gemeinsamer Ueberwindung der faschistischen Gefahr. Mit dieser Feststellung begeben wir uns keineswegs auf den Boden der Kommunisten- und Bolschewistenhetze der Reaktion. Wir arbeiten gegen die Vernebelung der Köpfe durch jene Hetze. Jetzt erst recht! *Denn es geht um die eine Freiheit, die nur durch die Fähigkeit menschlicher Gemeinschaft zur Demokratie gesichert werden kann. Wir müssen unter Feststellung leider auch heute noch wirksamer kommunistischer Gebundenheit an einst angelernte Zersetzungstaktik den Kampf gegen die Reaktion führen, die diese Kommunisten als Vorwand nimmt, um die Demokratie abzubauen, vielleicht abzuschaffen.*

Wir tun das auch um der Sowjetunion willen. Der Aufbau der Sowjetunion bringt Wissen und neue Lebensformen in ein junges Riesenvolk. Der neue russische Mensch wird einmal die alte Despotie nicht mehr ertragen. Ihm wird jene auf planmäßig geleiteter Gemeinwirtschaft basierende Demokratie Bedürfnis werden, die unser Ziel ist. Rußland wird Uebergang Europas nach Asien bleiben, das heißt, es wird immer eigene Züge haben und sich immer stark von Asien her erneuern. Aber auch es wird seinen wirtschaftlichen Aufbau und seine grandiose Bildungsarbeit niemals zu Höherem führen können als eben zu jener sozialen Demokratie, die der größtmöglichen Zahl von Menschen die bestmögliche Daseinsform sichert.

Die Welt ist vom bösestigen Nationalismus bedroht. Dieser bösestige Nationalismus ist der Faschismus. Der Faschismus will sich

dem Kapital und Besitz unentbehrlich machen als angeblicher Schutz gegen die »Exzesse« oder die »Unfähigkeit der Demokratie« und als Wall gegen die angeblich »drohende Bolschewisierung«. Der Faschismus richtet sich gegen jede Demokratie (Volksherrschaft) und gegen die Sowjetunion. Die Demokratie ihrerseits schützt sich angesichts der Bedrohung durch den Faschismus nicht durch Einseitigkeit, denn dadurch hebt sie sich selbst auf.

Man ist leicht geneigt, sich von den eigenen Sorgen einspinnen zu lassen. Man ist auch leicht der Annahme zugeneigt, als könnte man die Gefahr verkleinern, indem man »etwas tut«. Es mag auch verlockend scheinen, aus Gefahrenzustand und Willkür Hoffnung auf kühne Lösungen zu schöpfen. Man bleibe auf festem Grund! Unsere Zeit kennt keine größere Tat und keine ernstere Pflicht als den Willen zum Sieg der Demokratie! *Die Geschichte der Menschheit kennt keine edlere Revolution als den aus Verpflichtung zur wahren Demokratie kommenden Abwehrwillen gegen Barbarei!*

Die Menschen wollen leben. Daher brauchen sie Menschlichkeit. Die erhalten sie nicht vom Himmel geschenkt. Die müssen sie üben und wollen. Hieraus fließt die Pflicht zur Demokratie. Sie ist das Ziel.

Dieses Ziel muß man um so mehr betonen und um so mehr wollen, je größer die Not der Menschen ist und je dräuender die Gefahr für diese Menschen wird, durch den Faschismus um jede Möglichkeit gebracht zu werden, sich *gegen die Ursachen* ihrer Not zu wehren.

In der Erfassung dieser Aufgabe liegt unsere praktische Solidarität mit der Sowjetunion. Da kann der Geist der 21 Bedingungen keinen Raum mehr beanspruchen. Da gibt es auch niemanden, der sich mit Hinweis auf die Sowjetunion so oder anders sündenfrei machen könnte. Es geht um die Aufgabe, die Demokratie zu erhalten und zum Siege zu führen. Diese Aufgabe ist sozialistische und daher menschliche Pflicht. Sie ist alles!

Verteilungsprobleme der sozialistischen Gesellschaft

Von Valentin Gitermann.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß in der Bevölkerung Sowjetrußlands unter Stalins Regime besorgniserregende Spannungen sich gebildet haben, deren Vorhandensein von Zeit zu Zeit durch auffallende Ereignisse auch dem Auslande zum Bewußtsein gebracht wird. Wie wichtig es für uns ist, die aktuellen Schwierigkeiten der russischen Innenpolitik zu begreifen und hinsichtlich ihrer Tragweite zutreffend zu beurteilen, braucht hier nicht ausgeführt zu werden. Wir stehen — niemand wird es bestreiten — vor der *dringenden* Aufgabe, für die in Rußland existierenden und, wie es scheint, sich verschärfenden Spannungen *objektive Ursachen* zu finden.

Die Lösung einer derartigen Aufgabe ist grundsätzlich nach zwei